

Wege zu Empowerment und Partizipation

Die Selbstorganisation irregulärer Migranten

VON SARAH MÜNCH, CHRISTOPH TOMETTEN UND NATASHA WUNSCH

Wer keine gültigen Aufenthaltspapiere besitzt, hat keinen oder nur einen sehr eingeschränkten Zugang zu Arbeit, Wohnung, gesundheitlicher Versorgung und Bildung. Gegen diese ausgrenzende Praxis wehren sich Menschen ohne Aufenthaltsrecht, indem sie eigene Initiativen und Vereine gründen. Der folgende Beitrag nennt Beispiele für die Selbstorganisation von irregulären Migranten in Deutschland, Griechenland und der Türkei.

Irreguläre Migranten werden oft als Sicherheitsproblem dargestellt. Migrationsströme, die Europa zu überfluten drohen, sind in Politik und Medien ein alltägliches Bild geworden. Sie werden häufig abstrakt durch große rote Pfeile auf Landkarten dargestellt, die von den individuellen Schicksalen hinter den Zahlen ablenken. Auch ein anderes Bild von Migranten ist weit verbreitet: Migranten als Opfer von Bürgerkriegen und Naturkatastrophen, aber auch als Opfer einer europäischen Grenzpolitik, die u. a. von Menschenrechtsorganisationen und Kirchen als unmenschlich kritisiert wird. Dennoch, irreguläre Migranten sind in erster Linie Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Dabei handeln sie nicht isoliert, sondern häufig gemeinsam mit anderen. Dieser Beitrag beschreibt, wie sich Selbstorganisation in Deutschland, Griechenland und der Türkei darstellt und wie zivilgesellschaftliche Akteure selbstorganisiertes Handeln unterstützen.

Vorab ist eine Begriffsklärung notwendig. Wenn im Folgenden von „irregulären Migranten“ die Rede ist, sind darunter Menschen zu verstehen, die in dem Land, in dem sie leben, kein Aufenthaltsrecht haben. Dazu zählen Personen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere eingereist sind und sich ohne Wissen der Behörden im Land aufhalten. Des weiteren Menschen, die mit gültigen Aufenthaltspapieren eingereist sind, aber länger bleiben als vorgesehen. Schließlich gehören dazu auch Personen, die (beispielsweise nach Abschluss eines Asylverfahrens) ausreisepflichtig sind, aber von den Behörden aus politischen, humanitären oder anderen Gründen vorläufig nicht abgeschoben, sondern geduldet werden. Der Begriff „irreguläre Migranten“ vermeidet die Abstempelung von Menschen als „Illegale“, aber auch die pauschale Bezeichnung der Betroffenen als „Flüchtlinge“, die nicht immer zutrifft. Es gibt durchaus irreguläre Migranten, die ihre Heimat nicht unter Zwang verlassen, sondern auf-

grund der selbstbestimmten Entscheidung, in einem anderen Land zu leben. Die Begriffswahl soll nicht werten. Vielmehr soll sie darauf aufmerksam machen, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht mit spezifischen Problemen konfrontiert sind, die beispielsweise Migranten mit sicherer Aufenthaltsperspektive so nicht betreffen.

Einsatz für politischen Wandel

Gerade weil irreguläre Migranten kein Aufenthaltsrecht besitzen, prägen rechtliche Belange ihr Leben am stärksten. Denn ohne gültige Aufenthaltspapiere ist der Zugang zu Wohnung, Arbeit, gesundheitlicher Versorgung und Bildung nur sehr eingeschränkt oder gar nicht möglich. Häufig müssen auch diskriminierende und rechtswidrige Praktiken erduldet werden. Einige Selbstorganisationen setzen sich daher vornehmlich im rechtlich-politischen Bereich ein, um auf Missstände aufmerksam zu machen und gesetzliche Änderungen zu bewirken.

Jugendliche ohne Grenzen (JOG) ist eine im Herbst 2005 gegründete Gruppe junger Menschen in Deutschland, die geduldet oder statuslos sind. Die Mitglieder selbst betonen, ihre Arbeit setze dort an, wo Anwälte nicht mehr helfen könnten und die Jugendlichen sich auf sich selbst verlassen müssten. Einer der Schwerpunkte von *Jugendliche ohne Grenzen* ist die Mitarbeit in der 2002 von Pro Asyl initiierten Bleiberechtskampagne, die sich für ein großzügiges Bleiberecht für langjährig geduldete Menschen einsetzt. Die aktuelle Handhabung des Bleiberechts verurteilt *Jugendliche ohne Grenzen*, weil selbst Menschen, die bereits seit Jahren in Deutschland leben und sich hier eine Existenz aufgebaut haben, ständig von Abschiebung bedroht sind. Auch die Residenzpflicht wird von *Jugendlichen ohne Grenzen* scharf kritisiert. Diese europaweit einmalige Regelung verbietet es Asylsuchenden und Geduldeten, ohne vorherige Genehmi-

linke Seite:
Migranten vor der
Essensausgabe einer
griechisch-orthodoxen
Gemeinde in Istanbul